

Der Neoliberalismus

Von Otmar Gächter und Reto Nyffeler

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Die Entstehung der neoliberalen Lehre	2
3. Die Grundzüge neoliberaler Theorie	3
3.1 Die neoliberale Wirtschaftsordnung	4
3.2 Die Kritik am Wohlfahrtsstaat	5
3.3 Die Pluralismus- und Demokratiekritik	7
3.4 Neoliberalismus und die Nähe zum Konservatismus	9
4. Die politische Umsetzung des Neoliberalismus in der frühen Nachkriegszeit in Deutschland	9
5. Der zweite Aufschwung neoliberaler Wirtschaftstheorie in den 70er und 80er Jahren... 10	
5.1 Neokonservatismus und seine Verbindung zum Neoliberalismus	11
5.2 Die politische Umsetzung des Neoliberalismus durch Thatcher	13
5.2.1 Einflüsse die den Durchbruch des Neoliberalismus innerhalb der Tories förderten	13
5.2.2 Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen	13
5.2.3 Soziologische und politologische Erklärungsansätze des Durchbruchs des Thatcherismus	14
5.2.4 Margaret Thatchers Umsetzung des Neoliberalismus in den 80er Jahren	15
5.3 Ronald Reagans Umsetzung des Neoliberalismus	18
6. Hat sich der Inhalt des Begriffs Neoliberalismus geändert?	20
7. Schlussfolgerung	21
8. Literaturverzeichnis	22

1. Einleitung

Der Begriff Neoliberalismus wird heute in der tagespolitischen Diskussion häufig bemüht. Gesprochen wird von neoliberalen Tendenzen, neoliberalen Massnahmen oder neoliberaler Wirtschaftspolitik. Doch die Verwendung des Begriffs ist äusserst unterschiedlich und unklar. Während die einen Bezug auf die ursprünglichen Konzepte der neoliberalen Theoretiker nehmen, verwenden andere den Begriff ohne jeden Bezug darauf.

Das Ziel dieses Berichts ist es, vor allem Klarheit darüber zu verschaffen, welches die grundlegenden Ideen der neoliberalen Lehre sind. Des weiteren soll auch die politische Umsetzung des

Neoliberalismus erörtert werden. Dabei werden insbesondere zwei Phasen neoliberaler Wirtschaftspolitik betrachtet: Die Nachkriegszeit in Deutschland und die 80er Jahre in Grossbritannien und Amerika. Schliesslich wird auch noch die Frage diskutiert, ob sich der Begriff des Neoliberalismus über die Zeit geändert hat.

2. Die Entstehung der neoliberalen Lehre

Die neoliberale Lehre darf als Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Zustände der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts mit dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise gesehen werden. Der Laissez-faire Liberalismus hatte offensichtlich nicht zu optimalen Ergebnissen geführt. Die extrem passive Rolle des Staates und die damit verbundenen Wettbewerbsbeschränkungen durch Kartelle und Monopole erwies sich als hemmend für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber auch die Konfrontation mit der Praxis staatlicher Interventionen seit dem 1. Weltkrieg und die Herausforderung, die der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft in der UdSSR bedeutete, machte eine Neuorientierung des Liberalismus notwendig.

Im September 1932 plädierte Alexander Rüstow in seinem Diskussionsbeitrag über „Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus“ auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik für ein neues Selbstverständnis der Liberalen.¹ Im gleichen Jahr publizierte Walter Eucken, das spätere Haupt der Freiburger Schule, einen Aufsatz über „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“.² Beide Arbeiten markierten den Auftakt zu einer Neuorientierung der liberalen Theorie.

Rüstow umriss das neue liberale Credo auf jener Tagung des Vereins für Sozialpolitik in den folgenden Worten.

„Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. Und mit diesem Bekenntnis zum starken Staat im Interesse liberaler Wirtschaftspolitik und zu liberaler Wirtschaftspolitik im Interesse eines starken Staates – denn das bedingt sich gegenseitig, mit diesem Bekenntnis lassen Sie mich schliessen.“³

Spezifisches Kennzeichen der Modifikation der liberalen Theorie ist die aktivere Rolle, die dem Staat hier bei der Verteidigung kapitalistischer Prinzipien im Gegensatz zu einer Laissez-faire Politik zuerkannt wird.

1938, also noch vor dem Beginn des 2. Weltkriegs, wurde auf einer Konferenz in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann, an der verschiedene Repräsentanten der sich neu formierenden liberalen Bewegung teilnahmen, der Name Neoliberalismus geprägt. Obwohl

¹ Siehe Rüstow (1932)

² Siehe Eucken (1932)

³ Rüstow (1932) S. 69

von neoliberaler Seite selbst immer wieder Vorbehalte gegen diese Bezeichnung geäußert wurden, setzte sie sich sowohl in der wissenschaftlichen als auch der tagespolitischen Diskussion durch.

In der neoliberalen Bewegung vereinigten sich Nationalökonominnen, Juristinnen, Soziologinnen und Philosophinnen. Sie setzen in ihren Arbeiten zum Teil sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Einige argumentieren vorwiegend wirtschaftswissenschaftlich, andere überwiegen juristisch und wieder andere dezidiert gesellschaftspolitisch. Mit den unterschiedlichen Schwerpunkten variieren auch die Themen. Der Begriff Neoliberalismus täuscht daher eine Einheitlichkeit der Auffassungen vor, die es so nicht gibt.

In Deutschland gruppierten sich die Repräsentanten des Neoliberalismus um die Freiburger Schule, die den sogenannten Ordo-Liberalismus, die deutsche Form des Neoliberalismus, vertritt. Zu ihr zählen unter anderen Walter Eucken, Franz Böhm, Hans Grossmann-Doerth, F.A. Lutz, K.P. Hensel und L. Miksch. Dieser Schule eng verbunden sind Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack. Weitere Schulen sind in England die London School of Economics mit Edwin Cannan, in den USA die School of Chicago mit Frank A. Knight und in Österreich die Österreichische Schule mit Ludwig von Mises und F.A. Hayek.⁴

3. Die Grundzüge neoliberaler Theorie

Der Neoliberalismus kann als Versuch betrachtet werden, die beiden extremen Wege sowohl des Laissez-faire als auch des Sozialismus zu vermeiden, und den sogenannten „dritten Weg“, wie Röpke den Neoliberalismus nennt, einzuschlagen.⁵

Als Kernfrage des Neoliberalismus wird die Wirtschaftsverfassung oder Wirtschaftsordnung gesehen. Für sie stehen nach neoliberaler Auffassung in einer hochentwickelten, auf intensiver Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaft nur zwei Prinzipien zur Verfügung: Das Prinzip der Marktwirtschaft und dasjenige des Kollektivismus (Planwirtschaft).⁶

Die Möglichkeit eines freiheitlichen Sozialismus wird von den Neoliberalen verneint und hier die Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Staatsordnung betont.

„Wird die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses konsequent durchgeführt, so verliert der Staat den Charakter des Rechtsstaates. Und umgekehrt: Wird mit der Realisierung rechtsstaatlicher Prinzipien Ernst gemacht, so kann die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses nicht mit Konsequenz betrieben werden.“⁷

⁴ siehe dazu Marchal (1970), Meijer (1987) S. 577ff, Rieter und Schmolz (1993) S. 87ff oder Wetzel (1986) S.5ff

⁵ siehe Wetzel (1987) S. 3ff

⁶ Eucken (1960) S. 144

⁷ Eucken (1960) S. 130

Der gleichmäßige Anteil an den Produktionsmitteln im Sozialismus ist nach Ansicht der Neoliberalen nur von formaljuristischer Natur, weil diese tatsächlich in noch wenigeren Händen zusammengefasst sind, als dies beim strengsten Monopolismus in der Privatwirtschaft der Fall sein könnte.⁸

Der Neoliberalismus teilt zwar mit dem klassischen Liberalismus die Befürwortung einer freien Marktwirtschaft und die entschiedene Ablehnung zentraler Planung, lehnt aber die Vorstellung ab, „dass es die Natur ist, die ohne Zuhilfenahme von Normen eine freie Wirtschaft technisch in Ordnung bringt“. Nach neoliberaler Auffassung ist eine funktionierende Wettbewerbswirtschaft in jedem Fall ein „höchst gebrechliches Kunstprodukt der Zivilisation“.⁹ Der Neoliberalismus vereint zwei Einsichten:

„Das Vertrauen auf die Freiheit der Märkte und die Einsicht, dass diese Freiheit einer umfassenden Politik bedarf, die das Feld der wirtschaftlichen Freiheit wie ein Spielfeld streng absteckt, ihre Bedingungen – sozusagen die Spielregeln – sorgfältig bestimmt und mit unparteiischer Strenge für die Respektierung dieses Rahmens der Marktwirtschaft (des Spielfeldes wie der Spielregeln) sorgt.“¹⁰

In den folgenden Abschnitten soll auf einige der grundlegenden Vorstellungen der neoliberalen Lehre näher eingegangen werden.

3.1 Die neoliberale Wirtschaftsordnung

Kernstück der neoliberalen Wirtschaftsordnung ist der Marktwettbewerb. Er soll sowohl wirtschaftliche Effizienz als auch die Verwirklichung individueller Freiheit garantieren. Voraussetzung der Realisierung neoliberaler Ordnungsvorstellungen ist der starke und von allen Einflüssen gesellschaftlicher Gruppen unabhängige Staat. Dabei wird der staatliche Aktionsbereich von den ökonomischen Erfordernissen einer marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig bestimmt und begrenzt.¹¹

Nach der neoliberalen Wirtschaftstheorie hat der Staat zwei wirtschaftspolitische Grundsätze zu befolgen. Der erste Grundsatz lautet:

„Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“¹²

Nach Ansicht der neoliberalen Autoren ermöglicht die Entlastung des Staates von der Wirtschaftslenkung¹³ die Unparteilichkeit und Autorität, die der Staat zur Aufrechterhaltung der

⁸ Röpke (1944) S. 74

⁹ Böhm (1937) S. 73/74

¹⁰ Röpke (1950) S. 142

¹¹ Siehe Marchal (1970) S. 96ff

¹² Eucken (1960) S. 336

¹³ Darunter fallen auch Staatsinterventionen im Sinne von Keynes

Wettbewerbsordnung benötigt. Nach ihrer Auffassung hat der Staat als ‚Schiedsrichter‘ und ‚unnachsichtige Marktpolizei‘ zu fungieren.

Die Neoliberalen lehnen staatliche Interventionen im Allgemeinen ab, da die den Interventionen inhärente und nicht auszuschliessende Tendenz von Willkür das wirtschaftliche Geschehen weniger berechenbar macht und unbeabsichtigte Nebenwirkungen auftreten können. Sie erklären Interventionen aber als zulässig, solange sie die Bedingungen der Marktkonformität und der Rechtsstaatlichkeit erfüllen. Die neoliberalen Autoren weichen damit vom Gebot der liberalen Wirtschaftstheorie, der staatlichen Nichtintervention, ab.

Der zweite wirtschaftspolitische Grundsatz lautet:

„Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen.“¹⁴

Die Ursache der Monopol- und Kartellbildung sehen neoliberale Autoren, neben dem allgemein vorhandenen psychologischen Faktor des Machttriebes, vor allem in der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Monopole sind ihrer Ansicht nach das Ergebnis einer Politik, die durch bestimmte Rechtsformen und steuerliche Präferenzen die grösseren Organisationstypen begünstigt. Die Erklärung der Ursachen der Konzentration bestimmt die Vorschläge, wie sie zu beseitigen ist. Die Autoren fordern wettbewerbsfördernde Massnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche die Entstehung von Monopolen verhüten. Die dennoch weiter bestehenden Monopole, die sich nicht auflösen lassen, müssen der Aufsicht eines unabhängigen Monopolamtes unterstellt werden. Dessen Aufgabe liegt vor allem darin, die Monopole zu einem konkurrenzanalogen Markt- und Preisverhalten zu veranlassen.¹⁵

Wie die obigen Ausführungen zeigen, bestimmen die neoliberalen Autoren Rolle und Funktion des Staates zwar von der Aufrechterhaltung der ökonomischen Ordnung her, behaupten aber zugleich, dass das marktwirtschaftliche System, indem es den Staat von Lenkungsaufgaben entlastet, Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit des Staates schützt. Wiederum wird die Interdependenz von Staats- und Wirtschaftsordnung betont:

„Ohne eine Wettbewerbsordnung kann kein aktionsfähiger Staat entstehen und ohne einen aktionsfähigen Staat keine Wettbewerbsordnung.“¹⁶

3.2 Die Kritik am Wohlfahrtsstaat

Gegen die Entwicklung des liberalen Rechtsstaats zum Sozialstaat melden die neoliberalen Theoretiker zahlreiche Bedenken an.¹⁷ Nicht, dass die staatliche Fürsorge für die Ärmsten und sozial

¹⁴ Eucken (1960) S. 334

¹⁵ Nach Ansicht der Neoliberalen löst die Übernahme der Monopole in staatliche Regie die Probleme von Macht und Machtmissbrauch nicht, da durch sie wirtschaftliche und politische Macht vereinigt wird.

¹⁶ Eucken (1960) S. 338

Schwächsten ihnen überflüssig erscheint. Ein Minimum an staatlicher Zwangsvorsorge ist nach neoliberaler Ansicht aufgrund der Lösung sozialer Bindungen in der Marktwirtschaft unbedingt notwendig¹⁸. Aber die neoliberale Theorie anerkennt nur dieses eine Ziel des Sozialstaats, die Milderung akuter Not. Das andere Ziel des Sozialstaates, die gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, akzeptiert sie hingegen nicht und lehnt daher den Wohlfahrtsstaat ab. Er gilt als „revolutionär“ und „sozialistisch“. Wohlfahrtsstaatliche Massnahmen interpretiert der Neoliberalismus als neue Taktik des Sozialismus in den kapitalistisch-demokratischen Systemen des Westens. Die Neoliberalen betonen, dass durch sozialstaatliche Massnahmen der Tüchtige und Erfolgreiche um den Ertrag seiner Arbeit gebracht wird. Das Wesen des Wohlfahrtsstaates ist es

„dass einzelne konsumieren, ohne zu produzieren, während andere produzieren, aber vom Staat gezwungen werden, einen Teil des von ihnen erzeugten nicht zu konsumieren ... Den einen ... kann nur gegeben werden, wenn den anderen genommen wird, und wenn wir vom Staat sprechen, der uns helfen soll, so haben wir es immer auf das Geld eines anderen abgesehen, auf den Ertrag seiner Mühen oder auf seine Ersparnisse.“¹⁹

Zudem besteht ein Unterschied

„between a redistribution wherein the great majority earning their living agree to give those unable to do so, and a redistribution wherein a majority takes from a minority because the latter has more.“²⁰

Das Instrument der Redistribution, die Steuerprogression, wird daher als sozialistischer Angriff auf die hohen Einkommen abgelehnt. Die progressive Ausrichtung widerspricht ihrer Ansicht nach dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz und schwächt die Anreize zu sozialem Aufstieg. Zudem befürchten sie, dass die Progression über die Zeit stetig verstärkt wird, da es keinen objektiv optimalen Wert der Progression gibt. Besonders stossend finden die Neoliberalen aber, dass eine Mehrheit einer Minderheit (denjenigen mit hohen Einkommen) eine Regel aufzwingen kann, die für die Mehrheit selbst nicht gilt.²¹

Im Weiteren kritisieren die Neoliberalen, dass der Wohlfahrtsstaat die individuelle Freiheit über das Oktroyieren einer Zwangsmemberschaft in der Sozialversicherung bedroht. Was als Dienstleistung erscheint, ist ihrer Ansicht nach ein totalitärer Anspruch des Staates. Die staatliche Kranken- und Altersversicherung verhindert in der Regel individuelle Selbstverantwortlichkeit und private Vorsorge. Es kommt zu einer „Politisierung der Lebensvorsorge“.²²

Die politischen Gefahren des Wohlfahrtsstaates sieht der Neoliberalismus in den Versuchen, faktische Gleichheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen. Er kann diesen Versuchen nur ablehnend

¹⁷ Für eine Übersicht siehe Wetzel (1980) S. 16ff

¹⁸ siehe beispielsweise Hayek (1960) S. 257ff

¹⁹ Röpke (1961) S. 253

²⁰ Hayek (1960) 303

²¹ Hayek (1960) S. 306ff

²² Röpke (1961) S. 245

gegenüberstehen, da er Gleichheit nur als Gleichheit vor dem Gesetz gelten lässt, deren Resultat notwendig gesellschaftliche Ungleichheit ist, weil die Menschen in Anlagen und Fähigkeiten ungleich sind. Um faktische Gleichheit zu verwirklichen, muss das Prinzip der gleichen juristischen Behandlung der Menschen verletzt werden.

Nach den Neoliberalen ist auf die Dauer das freie Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und der Wohlfahrtsstaat nicht miteinander zu vereinbaren, da die Abhängigkeit der Individuen von der staatlichen Vorsorge die Macht des Staates erhöht. Der totale Wohlfahrtsstaat ist ein totaler Zwangsstaat²³; er ist die Form,

„in der sich in der nichtkommunistischen Welt die Unterwerfung des Menschen unter den Staat vornehmlich vollzieht.“²⁴

Die Neoliberalen warnen auch davor, dass sozialstaatliche Massnahmen irreversibel sein können. Wenn den Massen in einer Rezession die sozialen Sicherungen wieder entzogen werden müssen, kann die Unzufriedenheit darüber in politische Unruhe umschlagen und das kapitalistische System selbst gefährden. Der Wohlfahrtsstaat wird mit einer Einbahnstrasse verglichen, die keine Umkehr zulässt.

Der Neoliberalismus deutet den Wohlfahrtsstaat als Systembedrohung. Von aussen gefährden sozialistische und kollektivistische Tendenzen die liberale Gesellschaftsordnung und die Marktwirtschaft. Die Ablehnung sozialstaatlicher Massnahmen als Korrektiv der Marktwirtschaft heisst aber keineswegs, dass sich die Neoliberalen nicht mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen, welche die Entwicklung dieses Korrektivs provozierten, beschäftigen. Auch die Neoliberalen Konzepte werden von Überlegungen geleitet, wie die Massen in die bürgerliche Gesellschaft und Wirtschaftsordnung integriert werden können. Geeigneter als die vom Sozialstaat angestrebte Eingliederung der Massen durch staatliche Sicherheitsgarantien erscheint den Neoliberalen Theoretikern indessen ein Programm, das die ‚Vitalsituation‘ der Menschen verändert, indem zu „menschlichen“, das heisst bäuerlichen und kleingewerblichen Lebensformen zurückgekehrt wird. Ausgangsüberlegung ist, dass es die Sozialpolitik nicht mehr mit dem klassenbewussten Arbeiter, sondern mit dem ‚anlehungs- und eingliederungsbedürftigen‘ Menschen zu tun hat. ‚Vitalpolitik‘ soll daher die traditionelle Sozialpolitik ersetzen. Sie beinhaltet Massnahmen zur Entproletarisierung und Verbäuerlichung sowie Massnahmen zur Dezentralisierung der Industrie.²⁵

3.3 Die Pluralismus- und Demokratiekritik

Immer wieder wird implizit vermutet, dass die Neoliberalen und insbesondere die Vertreter der Freiburger Schule Vorreiter der nach 1945 in Westdeutschland etablierten pluralistischen Demokratie sind. Diese implizite Vermutung beruht auf verschiedenen Gegebenheiten:

²³ Rüstow (1963) S. 211

²⁴ Röpke (1960) S. 249

²⁵ Siehe dazu Rüstow (1953) S. 103

Erstens hat die Freiburger Schule relativ grossen Einfluss auf die Wirtschaftsordnung der Deutschen Bundesrepublik gehabt. Zweitens hat sie von der Interdependenz der Ordnungen, das heisst der gegenseitigen Abhängigkeit der Wirtschafts- und Rechtsordnung gesprochen. Und drittens hat sie sozialistische Vorstellungen sozialer Ordnung verworfen.²⁶

Die aus diesen Gegebenheiten abgeleitete Vermutung, dass die Neoliberalen Vorreiter der pluralistischen Demokratie sind, entspricht indessen nicht den Tatsachen.

Die Neoliberalen üben starke Kritik an der Massengesellschaft und damit verbunden am Pluralismus.²⁷ Ihrer Ansicht nach sind mit dem Aufkommen der Massengesellschaft die traditionellen ökonomischen und politischen Voraussetzungen der liberalen Ökonomie und Demokratie, nämlich die klare Trennung der Bereiche von Staat und Wirtschaft, zerstört worden. Die Forderung der Massen nach Demokratisierung, das heisst nach Identität von Staat und Volk, hat in der gesellschaftlichen Praxis zu einer zunehmenden Verflechtung von Staat und Gesellschaft geführt. Nach neoliberaler Ansicht hat diese Entwicklung den Staat zum ‚Wirtschaftsstaat‘, zum Objekt gesellschaftlicher Gruppen degradiert. Dabei sind die (Arbeiter)Massen für diese Entwicklung im stärksten Masse verantwortlich.²⁸

Eng verbunden mit dieser Kritik an der Massengesellschaft, ist die Kritik an ihrer politischen Organisation, der ‚zum Pluralismus entarteten Demokratie‘. Die Neoliberalen kritisieren, dass der Pluralismus den Staat für seine eigenen Zwecke zu benutzen versucht. Im Versuch die staatliche Willensbildung zugunsten von Gruppeninteressen zu beeinflussen, erblicken neoliberale Autoren die Gefahr eines Zerfalls staatlicher Autorität. Dafür werden zwei Gründe genannt. Erstens ist der Staat nicht mehr fähig, unparteiisch das Gesamtinteresse durchzusetzen, wenn Interessengruppen seine Politik beeinflussen. Und zweitens verstärkt der veränderte Aufgabenbereich des Staates seinen Macht- und Autoritätsverlust. Zum einen übernehmen Interessengruppen ehemals staatliche Kompetenzen, so dass sich typisch staatliche Rechte in die Gesellschaft verlagern. Andererseits aber – und darin zeigen sich spezifisch liberale Vorbehalte gegen eine Expansion der Staatsaktivität – wird der Staat mit Funktionen überlastet, die einst seiner Kompetenz entzogen waren. Der Verlust an Autorität wird durch die Ausweitung der Staatstätigkeit nur verschleiert, tatsächlich wird der Staat aber von Gruppeninteressen abhängig.²⁹

Die Befürchtung, dass sich die staatliche Autorität den Einflüssen der Interessengruppen nicht zu erwehren weiss und vor ihnen kapituliert, ist indes kaum in der Idee eines starken Staates allein begründet. Der starke Staat entspricht vielmehr den Erfordernissen einer funktionierenden Marktwirtschaft. Er soll Gefahren abwenden, die für eine Marktwirtschaft in Interventions- und Subventionsforderungen liegen.³⁰

²⁶ Rieter und Schmolz (1993) S.107

²⁷ Siehe Marchal (1970) S. 50ff

²⁸ siehe Eucken (1932)

²⁹ siehe Röpke (1959)

³⁰ Siehe dazu Marchal (1970) S. 63ff

Auch gegenüber der Demokratie an sich werden Vorbehalte geäußert. Zwar werden die Vorzüge der Demokratie als Methode des friedlichen Wechsels und der politischen Erziehung gegenüber anderen Systemen von den Neoliberalen anerkannt. Das Problem liegt für sie jedoch bei der Mehrheitsregel. Sie befürchten, dass die Macht der Mehrheit in der Demokratie unlimitiert bleibt, dass alles was die Mehrheit beschliesst als gut betrachtet wird, auch wenn sie zu ihren Gunsten eine Minderheit diskriminiert. Insbesondere befürchten die Neoliberalen, dass durch Mehrheitsentscheid eine totalitäre, und das heisst für sie eine kommunistische Regierung eingesetzt werden könnte. Ein dogmatischer Demokrat kennt, so die Neoliberalen, nur eine Grenze für die Regierungsmacht, die momentane Meinung der Mehrheit. Die Neoliberalen fordern deshalb auch in der Demokratie eine Begrenzung der Macht der Regierung durch Prinzipien, die keine Mehrheit ändern kann.³¹

3.4 Neoliberalismus und die Nähe zum Konservatismus

Vor allem aufgrund ihrer an der konservativen Staatslehre orientierten Vorstellung des Staates, der als neutraler Makler jenseits der Interessenkämpfe das Allgemeinwohl verkörpern soll, wird den Neoliberalen oft eine Nähe zum Konservatismus nach gesagt.³² Insbesondere Hayek wird oft als Konservativer bezeichnet. Er selbst wehrt sich in seinem Aufsatz „Why I Am Not a Conservative“³³ vehement gegen diese Etikettierung.

4. Die politische Umsetzung des Neoliberalismus in der frühen Nachkriegszeit in Deutschland

Noch während der NS-Diktatur und des 2. Weltkriegs entwickelten die Vertreter der Freiburger Schule Gedanken für eine Wirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit. Viele ihrer Ideen übten starken Einfluss auf die wirtschaftlichen und sozialen Politikkonzepte des deutschen Widerstands gegen Hitler aus.³⁴

Nach dem 2. Weltkrieg war eine Rückkehr zur Marktwirtschaft vorerst nicht selbstverständlich. Überwiegend glaubte man, die katastrophale wirtschaftliche Situation Deutschlands nur mit planwirtschaftlichen Massnahmen überwinden zu können. Doch diese Einschätzungen hielten nicht lange an. Die neoliberalen Ansichten, die eine Rückkehr zur Marktwirtschaft empfahlen und alle planwirtschaftlichen Experimente als Weg in den Sozialismus und damit in die totalitäre Diktatur qualifizierten, setzten sich durch. Auf neoliberalen Arbeiten aufbauend, entwickelte Alfred Müller Armack die Konzeption der ‘Sozialen Marktwirtschaft’. Diese wurde gegenüber der neoliberalen Lehre um eine begrenzte Umverteilungsprogrammatik erweitert, was dem politischen System

³¹ Siehe dazu Hayek (1960) S. 103ff.

³² siehe Marchal (1970)

³³ siehe Hayek (1960)

³⁴ siehe Marchal (1970) S. 32-40, Meijer (1987) S. 578-579 und Rieter und Schmolz (1993) S.87

zusätzliche Legitimation verleihen sollte. 1949 bekannte sich die CDU zur 'Sozialen Marktwirtschaft'. Ludwig Erhard sollte sie in den folgenden Jahren als Wirtschaftsminister verwirklichen.

Wie aber konnte die neoliberale Konzeption je das offizielle Wirtschaftsprogramm der CDU entscheidend beeinflussen? Für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg scheint eine Antwort auf diese Frage nicht allzu schwer. Der Neoliberalismus hat wahrscheinlich jene Legitimationslücke gefüllt, die nicht nur durch die Kapitalismuskritik seit Marx theoretisch entstanden war, sondern die auch praktisch augenscheinlich wurde. Vor allem die Weltwirtschaftskrise löste einen tiefgreifenden Schock aus, der das Bedürfnis nach Anweisungen für die Steuerung der Konjunkturzyklen entstehen liess. Die zwei sich damals abzeichnenden Reaktionen sind bis heute grundsätzlich erhalten geblieben. Mit dem Namen von Keynes sind jene Versuche verbunden, die den Kapitalismus mit neuartigen, in der liberalen Theorie nicht vorgesehenen Instrumenten zu steuern versuchen. Daneben setzten sich die Anstrengungen fort, erneut Bedingungen aufzuzeigen und Vorschläge zu formulieren, welche die Idee der Wettbewerbswirtschaft wieder mit der kapitalistischen Wirklichkeit in Einklang bringen sollten. Zu dieser Richtung zählte seit den dreissiger Jahren der Neoliberalismus. Die Chance, seine Ansichten an der Realität zu erproben, eröffnete sich nach dem 2. Weltkrieg mit der Aufgeschlossenheit führender Politiker der CDU, vor allem der Ludwig Erhards, für den neoliberalen ‚Dritten Weg‘. Die neoliberale Theorie bot sich an, den ideologischen Nachholbedarf der kapitalistischen Wirtschaft zu befriedigen. Sie zeigte einen Ausweg, am Kapitalismus festzuhalten und ihn zugleich zu idealisieren, indem sie eine Möglichkeit zu weisen schien, die politische und ökonomische Macht der Monopole und Oligopole einzudämmen.

Die Umsetzung der 'Sozialen Marktwirtschaft' durch Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister erwies sich jedoch als schwierig. Im Laufe der ökonomischen Konsolidierung Deutschlands zeigte sich die 'Soziale Marktwirtschaft' zunehmend unfähig zur Regulierung einer erneut nicht vom Wettbewerb, sondern von der Aufhebung des Wettbewerbs, gekennzeichneten Wirtschaftsstruktur. Als in den 60er Jahren zusätzlich soziale Ungleichheiten, erste Strukturkrisen und allgemeine Zeichen der Krisenhaftigkeit markant hervortraten, wurden die neoliberalen Konzepte zugunsten der Keynesianischen Globalsteuerung verdrängt.³⁵

Doch die Misserfolge des Keynesianischen Interventionismus in der Wirtschaftskrise von 1973/75 und auch Anfang der 80er Jahre begünstigten einen zweiten Aufschwung neoliberaler Wirtschaftstheorien, vor allem repräsentiert durch Milton Friedman.

5. Der zweite Aufschwung neoliberaler Wirtschaftstheorie in den 70er und 80er Jahren

In der Wissenschaft ist Friedman vor allem bekannt für seine Beiträge zur Geldtheorie. In der Öffentlichkeit wohl eher für seine, vor allem seit den 60er Jahren, vehement vorgetragenen Forderungen nach einem begrenzten Staat. Hauptthema seiner beiden Bücher ‚Capitalism and

Freedom‘ und ‚Freedom to Choose‘ ist die Promotion der ‚Freiheit des Menschen‘ (human freedom). Friedman hält fest, dass es wohl viele Gründe für den Verlust von Freiheit gibt, aber dass ein hauptsächlicheres das Wachstum des Staates und seine zunehmende Kontrolle über unser Leben ist. Friedman übt vor allem Opposition gegen allgemeine Lohn- und Preiskontrollen und setzt sich für freie Bildungswahl, Begrenzung der Staatsausgaben, Privatisierung der Sozialen Sicherung, freien Handel und die grösstmögliche Deregulierung der Industrie und des privaten Lebens ein.³⁶ In der politologischen Literatur erreicht Friedman nie die Anerkennung, wie sie Hayek bekam. Zu populistisch ist sein Stil und zu undurchsichtig war seine Rolle in Chile unter Pinochet.³⁷ Er hatte aber unbestritten grossen Einfluss auf die Politikprogramme verschiedener Parteien und Regierungen. Insbesondere zu nennen sind in diesem Zusammenhang Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Trotz seiner starken Kritik an den Monopolstellungen des Staates und der Gewerkschaften relativiert Friedman das privatkapitalistische Monopolproblem. Damit erweisen sich insbesondere die konzeptionellen Grenzlinien zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus seit den 80er Jahren zunehmend als fließend.

5.1 Neokonservatismus und seine Verbindung zum Neoliberalismus

Die Entstehung des Neokonservatismus fällt in die Zeit der Reform- und Emanzipationsansprüche der antiautoritären Studentenbewegung und ihrem Zusammentreffen mit einer starken Ausweitung keynesianisch-wohlfahrtsstaatlicher Interventionen. Die wirtschaftliche Krisentendenz nach 1973/1974 wirkte als Verstärkungsbedingung. Der Neokonservatismus ist eine Reaktion auf fundamentalen Wechsel in Kultur und Werten. Er reflektiert nicht den alten "cleavage", basierend auf Klasse, sondern einen neuen "cleavage", basierend auf Wertewandel. Neokonservatismus ist nicht einfach eine Wiederkehr des Konservatismus, sondern eine neue Koalition von Kräften, die ihren gemeinsamen Gegner in den postmaterialistischen Linken hat. Zentrale Themen sind dabei Nationalismus, Ruhe und Ordnung, Familie, Religion, bürgerliche Moral, Unterstützung der Werte des industriellen Kapitalismus, im speziellen die Idee des Fortschritts, und eine generelle Akzeptanz einer beschränkten Basis des Wohlfahrtsstaates. Dies unterscheidet die neue von der alten Rechte, welche sich, speziell in den USA, als Gegensatz zum "welfarestatism" definierte.³⁸ Der Neokonservatismus unterstützt eine Wirtschaftstheorie, die am Ordoliberalismus anknüpft, aber unter Hinzufügung generalisierter Interventionsmechanismen und unter Abschwächung der Wettbewerbskontrollen.³⁹

Die Dimensionierung des Staates war und bleibt innerhalb der Konservativen umstritten. Nach dem libertären Strang soll der Staat wenig mehr tun, als die Besitzrechte zu beschützen. Der kollektivistische Strang glaubt, dass die Regierung eine Verantwortlichkeit hat, die weit über das

³⁵ Marchal (1970) S. 43ff

³⁶ siehe Friedman (1979)

³⁷ siehe Newman (1984)

³⁸ Gibbins (1989) S. 81-82

hinausgeht. Diese innerideologischen Debatten fanden aber auch im Sozialismus und Liberalismus statt.

Für unsere Betrachtung am Interessantesten ist die Beziehung zwischen Neokonservatismus und Neoliberalismus. Die Umsetzung von neoliberalen Ideen im Politikalltag geschah unter dem Namen der sogenannten neuen Rechten. Reagan wie Thatcher, als berühmteste Vertreter der neuen Rechten, kombinierten den Neoliberalismus jeweils mit dem Neokonservatismus. Reagan bezeichnete bei seinen Reden sein politisches Projekt als zeitgenössischen Konservatismus. Der Begriff Neoliberalismus wurde kaum verwendet. Dies liegt aber auch daran, dass in Amerika der Begriff "liberal" anders verwendet wird als hier in Europa. Er bezeichnet als Gegensatz zu den konservativen Republikanern die liberalen Demokraten, welche links von den "Konservativen" stehen.

In den 80er Jahren verwischten sich die Unterschiede zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus zunehmend. Reagan präsentierte in einer Rede 1977 zum Thema "The New Republican Party", wie der sogenannte "social conservatism", was in unserer Begriffsdefinition dem Neokonservatismus entspricht, und der "economic conservatism", was dem Neoliberalismus entspricht, zu einer Strömung verschmolzen werden sollen.

“What I envision is not simply a melting together of the two branches of American conservatism into a temporary uneasy alliance, but the creation of a new, lasting majority. This will mean compromise. But not a compromise of basic principle.”⁴⁰

Wie Reagan in seinem Zitat antönt, ist diese Allianz nicht ganz unproblematisch. Die potentiellen Konfliktlinien zwischen dem Neoliberalismus und dem Neokonservatismus liegen vor allem darin, dass letzterer einen stärkeren Staatsinterventionismus befürwortet und einen Staat vorsieht, der eine kollektive Moral durchsetzt. So wäre eigentlich im Politikalltag, zum Beispiel der Thatcherregierung, ein ständiger Kampf zwischen den beiden ideologischen Tendenzen zu erwarten. In Wirklichkeit waren solche ideologischen Konfrontationen selten und erschienen dann nur in Bereichen, welche in der Regierungsagenda nicht oberste Priorität hatten. Die zwei besten Beispiele sind die Ladenöffnungszeiten am Sonntag und die Legalisierung von weichen Drogen. Aber in den Kernanliegen, wie zum Beispiel der Beschränkung des Wohlfahrtsstaates und der Entmachtung der Gewerkschaften, haben beide Ideologien eine hohe Konvergenz.

Insbesondere in Grossbritannien konnte man beobachten, dass die neoliberale Ideologie dem Volk in der populistischen Verpackung des Neokonservatismus verkauft wurde. Dies brachte der Politologe Hay mit folgendem Zitat auf den Punkt:

“Thatcherism is perhaps best seen as a neo-liberal state project camouflaged in the rhetoric of moral conservatism”.⁴¹

³⁹ Nohlen (1995) S. 360

⁴⁰ The new Republican Party 1977

⁴¹ Hay (1992b) S. 756

5.2 Die politische Umsetzung des Neoliberalismus durch Thatcher

Für die Analyse wie sich neoliberale Ideen in der politischen Agenda festsetzen konnten und was für Erklärungsmuster für deren Durchbruch existieren, werden wir uns auf Grossbritannien und den Thatcherismus konzentrieren. Nach einer Analyse wie die Ideen in die konservative Partei kamen interessieren uns auch politologische, soziologische und ökonomische Erklärungsgründe für den Durchbruch des Thatcherismus.

5.2.1 Einflüsse die den Durchbruch des Neoliberalismus innerhalb der Tories förderten

Die Doktrin des ökonomischen Liberalismus hatte bei den "Tories" nicht immer eine allzu starke Stellung. Von den späten 50er Jahren an etablierten sich einige neoliberale "think-tanks" in einer peripheren Ecke der Partei. Deren Bedeutung wuchs in den späten 60er Jahren an. Diese neoliberalen Ideen kamen von diversen Instituten und Gruppen auch ausserhalb der Partei. Das älteste, prominenteste und vielleicht immer noch einflussreichste Institut ist das „Institute of Economic Affairs“, welches 1957 unter Anregung von Hayek gegründet wurde und eine wichtige Rolle im Wechsel des Meinungsklimas von der Mitte der siebziger Jahren an gespielt hat. Das „Centre for Policy Studies“ (CPS) wurde nach der Wahlniederlage der Konservativen 1974 von Keith Joseph und Margaret Thatcher gegründet. Sir Keith Joseph war eine Schlüsselfigur hinter der Rehabilitation des klassischen Liberalismus und des politischen Wechsels in Grossbritannien. Viel Personal der späteren Regierungsmannschaft hatte Beziehungen mit dem CPS.⁴² Zusammen mit dem "Adam Smith Institute" bildeten diese drei Institute die Grundlage des neoliberalen "free-market" Denkens beruhend auf Hayek und Friedman in Grossbritannien und konstituierten mit ihren Angriffen auf den keynesianischen Wohlfahrtsstaat die Grundlage des Thatcherismus. Neben grossen Wirtschaftsverbänden unterstützten auch verschiedene Mittelklasseprotestgruppen Thatcher. Innerhalb der Partei existierten ebenfalls zwei gut etablierte Gruppen welche „right-wing“ Ideen förderten. Auch eine Vielzahl der Medien, wie zum Beispiel „The Economist, Daily Telegraph, Spectator, The Times“ und auch Tabloidblätter, wie zum Beispiel „The Sun“, waren den Ideen von Margaret Thatcher positiv gesinnt. So haben 1983 ungefähr dreiviertel der britischen Bevölkerung eine Tageszeitung gelesen, welche einen Konservativen Wahlsieg erhofften.⁴³

5.2.2 Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Veränderungen in der realen Welt, im speziellen wachsende Besorgnis über die hohe Inflation und Mangel an erfolgreichem Management der Wirtschaft durch die Regierung, kreierten ein dem politischen Wechsel wohlgesinntes Klima. Ideen des Monetarismus und der Privatisierung gewannen

⁴² Kavanagh (1990) S. 91

⁴³ Kavanagh (1990)

an Bedeutung bei vielen „Policy-maker“ in den siebziger Jahren in Grossbritannien und anderswo. So wurde das Ende der keynesianischen Nachfragepolitik bereits von der „Labour“ Regierung zwischen 1974 und 1979 eingeleitet. Die neue Rechte zielte vor allem gegen sozialdemokratische Ideen, nicht nur gegen Labour und die Gewerkschaften, sondern auch gegen den Willen konservativer Regierungen in der Nachkriegszeit sozialdemokratischer Politiken und Ziele zu akzeptieren. Sie beklagte, dass die Führung der Konservativen konservative Prinzipien verraten habe.⁴⁴ Enoch Powell, Minister anfangs der sechziger Jahre und konservativer Unterhausabgeordneter, der wegen seinen radikalen Ansichten, vor allem in Rassenfragen von seiner Partei aufs Abstellgleis gestellt wurde, bereitete für Margaret Thatcher das Feld innerhalb der Partei vor. Nach der konservativen Wahlniederlage 1974 gestand Keith Joseph, der auch ein prominentes Mitglied der konservativen Regierung von 1970 bis 1974 war, Fehler seiner eigenen Regierungstätigkeit ein. Er wurde beeinflusst von Büchern von Hayek und Friedman über die monetären Gründe von Inflation. Sein Meinungsumschwung war ein wichtiger Wendepunkt bei der Neuausrichtung der "Torries" Richtung rechts. Nach der Wahlniederlage 1974 und der Machtübernahme Thatchers 1975 innerhalb der "Torries" entwickelte sich der Thatcherismus zur führenden ideologischen Kraft innerhalb der Partei. Dieser Rechtsschwung der Partei wurde von einem Rechtsschwung der Meinungen des Elektorats begleitet. In einer Meinungsumfrage mit gleichen Fragen 1974 und 1979 zu 17 Themen verschiebte sich die Massenmeinung in 15 Themen nach rechts.⁴⁵

5.2.3 Soziologische und politologische Erklärungsansätze des Durchbruchs des Thatcherismus

An dieser Stelle möchten wir einige soziologische und politologische Erklärungsansätze für das Aufkommen des Thatcherismus vorstellen. Eine Person, welche die Analyse des Thatcherismus am meisten beeinflusst hat, ist der italienische Marxist Antonio Gramsci. Das folgende Zitat zeigt Gramscis Grundüberlegung auf:

„Man kann ausschliessen, dass wirtschaftliche Krisen an sich fundamentale historische Ereignisse hervorrufen. Sie schaffen bloss ein Klima, dass für die Verbreitung bestimmter Denkart günstiger ist, und für bestimmte Arten des Stellens und Beantwortens von Fragen, die die gesamte nachfolgende Entwicklung des Lebens der Nation betreffen“.⁴⁶

Die Wirtschaftskrise der frühen siebziger Jahren schaffte genau dieses für neue Denkart offene Klima. Die „Torries“ unter der Führung von Margaret Thatcher bot mit ihrem Politikprogramm eine Lösung zur Überwindung der Krise an.⁴⁷

⁴⁴ Gamble (1994) Das gleiche Muster finden wir in Christoph Blochers Kritik an den sogenannten "Linken und Netten".

⁴⁵ Kavanagh (1990)

⁴⁶ Gramsci (1971)

⁴⁷ Gamble (1988)

Auf der sozialen Ebene kann der Thatcherismus nach einer Arbeit von Hall⁴⁸ analysiert werden. Die Rechte in Grossbritannien habe erfolgreich Ängste der weissen Arbeiterklasse bezüglich „law and order issues“, wie etwa Überfälle und Rasse mobilisiert, um eine Allianz zwischen dem Kapital und Teilen der Arbeiterklasse zu schmieden, wobei zusätzlich Elemente von englisch/britischem Nationalismus einfließen. Herausstechend am Thatcherismus sei vor allem die Tatsache, dass es ihm gelingen konnte die Kapitalistenklasse und Elemente des Kleinbürgertums zusammen zu schmieden, insbesondere mit jungen, weissen Männern der Arbeiterklasse, aus denen sich der Grossteil der neuen Tory-Wähler zwischen 1979 und 1997 rekrutierten. In diesem Zusammenhang stellt sich die zentrale Frage, wie der Neoliberalismus und der Nationalismus zusammen passen, da sich diese beiden politischen Ideologien, jedenfalls zum Teil, gegenseitig ausschliessen müssten. Nach dem Neoliberalismus müsste gelten, je offener die nationalen Grenzen, um so besser, je freier der Verkehr der Arbeitskräfte, um so freier der Markt; je mehr Gastarbeiter, um so geringer die Gefahr, dass kollektives Handeln die spontane Ordnung des Marktes beeinträchtigen könnte.⁴⁹ So hat zum Beispiel auch bei der Unwilligkeit Thatchers der Europäischen Währungsunion beizutreten, der Nationalismus und nicht der Neoliberalismus die politische Richtung diktiert. Ein neoliberales Programm kann für die potentiellen Verlierer (Abhängige des Wohlfahrtssystems) erst attraktiv werden, wenn es mit Formen von ethnischem Nationalismus oder mit einem Appell an Gefühle, die autoritäre Regierungsformen im Sinne einer Politik der Ruhe und Ordnung unterstützen, verknüpft wird. Gamble nannte dies „the free market and the strong state“.⁵⁰ Dieser scheinbare Widerspruch könnte dahingehend gedeutet werden, dass repressive Massnahmen eine Alternative zu wohlfahrtstaatlicher Politik darstellen.

Eine weitere Erklärungsmöglichkeit des Erfolgs des Thatcherismus ist die Fähigkeit der "Torries", bei den Wählern eine Wahrnehmung auszulösen, wonach die Gewerkschaften für die Krise des Staates verantwortlich seien.

5.2.4 Margaret Thatchers Umsetzung des Neoliberalismus in den 80er Jahren

Margaret Thatcher war von 1979 bis 1990 britische Premierministerin, bevor sie von John Major abgelöst wurde, der die Macht der "Torries" noch bis 1997 sichern konnte.

Die Schwerpunkte ihrer Politik waren die Reduktion des Einflusses der Gewerkschaften, die Bekämpfung der Inflation, die allgemeine Veränderung der Wirtschaftspolitik Richtung "free-market", die Beschränkung der Staatsausgaben und die Reduktion der Steuern für höhere Einkommen, die

⁴⁸ Hall (1988)

⁴⁹ Some neoliberal politicians have been consistent enough to recognise this. Chris Patten's experience as Governor in Hong Kong converted him to neoliberalism, but his suggestion that Britain should open it's doors to economically dynamic Hong Kongese was firmly rebutted by his own party.

⁵⁰ Gamble (1988)

Einführung einer Kopfsteuer, die Privatisierung verstaatlichter Industrien und sonstiger Staatsbetriebe und "free-market" Reformen des nationalen Gesundheits- und Erziehungswesens.⁵¹

Bemerkenswert am Staatsverständnis des Thatcherismus ist die Kombination von der Wiederherstellung von Freiheit, in Form einer Vergrößerung der individuellen Wahl, gepaart mit der Stärkung von Recht und Ordnung. Mit Freiheit wurde insbesondere die Möglichkeit für unternehmerische Individuen verstanden, Wohlstand ungehindert von der Regierung zu generieren.

“Making the rich poor, don't makes the poor rich, but it does make the state stronger – and it does increase the power of officials and politicians, power more menacing, more permanent and less useful than market power within the rule of law. The pursuit of income equality will turn this country into a totalitarian slum.”⁵²

Die Privatisierung wird von Thatcher nahen Stellen als die revolutionärste und erfolgreichste Politik der Thatcher Regierung dargestellt. Nach dem Krieg hatte die "Labour" Regierung einige der grossen britischen Industrien nationalisiert. Thatcher, als passionierte Gläubige in den freien Markt, forderte, dass der Staat sich nicht in das „Buisness“ einmischen sollte. Darum setzte sie sich zum Ziel, diese grossen Betriebe zurück an den privaten Sektor zu verkaufen. Ende der 70er Jahre war so eine Politik noch undenkbar, aber 1983 war zum Beispiel. „British Aerospace“ bereits privatisiert. In ihrem Wahlmanifest von 1983 versprach sie weitere Privatisierungen, so zum Beispiel von „Cable and Wireless, Associated Ports and British Rail Hotels“.⁵³

Nach neoliberaler Theorie ist die schlimmste Form eines Monopols das Monopol der Gewerkschaften. Deshalb war einer der wichtigen Punkte zur Durchsetzung neoliberaler Politik im Thatcherismus die Einschränkung der Macht der Gewerkschaften, welche schliesslich systematisch von der nationalen Politik ausgeschlossen wurden. In ihrem 1979er Wahlmanifest sagte Thatcher wörtlich über die Gewerkschaften:

“By heaping privileges without responsibility on the trade unions, Labour have given a minority of extremists the power to abuse individual liberties and to thwart Britain's chances of success.”

“Pay bargaining in the private sector should be left to the companies and workers concerned.”⁵⁴

Die Pläne im Steuerbereich hat Thatcher in ihrer 1979er Wahlplattform folgendermassen begründet:

We shall cut income tax at all levels to reward hard work, responsibility and success; tackle the poverty trap; encourage saving and the wider ownership of property; simplify taxes - like VAT; and reduce tax bureaucracy. It is especially important to cut the absurdly high marginal rates of tax both at the bottom and top of the income scale.⁵⁵

⁵¹encyclopedia

⁵² Keith (1976)

⁵³ <http://www.thatcherweb.com/revolution/economics/#mon>

⁵⁴ Conservative manifesto (1979)

⁵⁵ Conservative manifesto (1979)

In Realität hat sich im Gesamten die Steuerbürde nicht signifikant geändert, aber für die hohen Einkommen war die Entlastung substantiell. So wurde der Grenzsteuersatz von 83 % auf 40 % gesenkt.

Nach Margaret Thatcher kreierte der Wohlfahrtsstaat "moralische Krüppel", Leute, welche durch eine Abhängigkeitskultur dazu gebracht werden, persönliche Verantwortung an die Bürokratie zu delegieren.⁵⁶ Die Unternehmer und andere Wohlstandskreatoren besäßen rare Qualitäten von Ehrgeiz und Weitblick, so dass von ihrer dynamischen Führung Wohlstand zu der weniger energiegeladenen Mehrheit fliesse, was dieser zu Gute komme. Der Nachkriegs-Wohlfahrtsstaat habe eine Abhängigkeitskultur kreierte, welche die moralische Energie und die Selbstdisziplin von vielen Individuen untergraben habe.⁵⁷ Das Minimum an staatlicher Zwangsvorsorge, welches nach neoliberaler Ansicht notwendig scheint, soll nach dem 1979er Wahlmanifest erhalten bleiben. Der wohlfahrtsstaatseinschränkende Anspruch der Neoliberalen kommt im Manifest der konservativen Partei von 1979 zum Ausdruck:

... "concentrating welfare services on the effective support of the old, the sick, the disabled and those who are in real need."⁵⁸

In der Demokratiekritik bemängelten "free economy" Strategen, dass man demokratische Wahlentscheide, welche die Marktordnung schädigten und zu ökonomischen Ruin führten, nicht verhindert werden könnten. So existierte in Grossbritannien Unterstützung für die neoliberale Idee, einige wirtschaftsliberale Auffassungen in die Verfassung zu schreiben, um eine Reihe wichtiger ökonomischer Entscheidungen aus den Händen der Politiker zu nehmen. Die Regierung zeigte aber kein Interesse in der Verfassung permanente Beschränkungen für die Handlungsmöglichkeiten der Politiker zu verankern.⁵⁹

Die Zerstörung der Macht der Gewerkschaften wird nicht nur ökonomisch, sondern auch demokratietheoretisch begründet.

..."bound inescapably by ties of history, political dogma and financial dependence to a single powerful interest group, Labour have demonstrated yet again that they cannot speak and dare not act for the nation as a whole."⁶⁰

Abgeleitet aus der starken Stellung der Gewerkschaften innerhalb der britischen "Labour" würde es eine Transformation oder Zerstörung der engen Zusammenarbeit zwischen organisierter Arbeiterschaft und den politischen Parteien brauchen.⁶¹

⁵⁶ Eccleshall (1994) S. 72

⁵⁷ Eccleshall (1994) S. 74-75

⁵⁸ Conservative manifesto (1979)

⁵⁹ Haisham (1978)

⁶⁰ Conservative manifesto 1979

⁶¹ Gamble (1994)

Das Konservative Wahlmanifest subsumierte ihre Kritik bezüglich der Funktionsweise der Demokratie in Grossbritannien im allgemeinen mit:

“In recent years, Parliament has been weakened in two ways. First, outside groups have been allowed to usurp some of its democratic functions. Last winter, the Government permitted strike committees and pickets to take on powers and responsibilities which should have been discharged by Parliament and the police. Second, the traditional role of our legislature has suffered badly from the growth of government over the last quarter of a century.”⁶²

Neben der oben erwähnten Einschränkung der Gewerkschaftsmacht sollte auch das Parlament gegenüber der Regierung gestärkt werden mit Betonung auf zwei starke Kammern.

5.3 Ronald Reagans Umsetzung des Neoliberalismus

Ronald Reagan war von 1981 bis 1989 amerikanischer Präsident. Anschliessend konnte George Bush die Macht der Republikaner noch bis 1993 sichern. Seine Macht war aber nicht ganz so umfassend wie die von Margaret Thatcher, da er sich mit einem demokratischen Repräsentantenhaus und ab 1987 auch mit einem demokratischen Senat rumschlagen musste. Thatcher und Reagan können als eigentliche philosophische Seelenverwandte bezeichnet werden. Ihre Freundschaft war so ausgeprägt, dass Reagans nächste Berater sogar besorgt waren über den grossen Einfluss von Margaret Thatcher auf ihren Präsidenten.

Die Schwerpunkte Ronald Reagans Politik lagen in einer Reduktion der Steuern und des Staatsbudgets, ausgenommen des Verteidigungsbudgets. Zwecks Wettrüsten mit der Sowjetunion veranlasste Reagan die stärkste Zunahme im Militärbudget während Friedenszeiten in der amerikanischen Geschichte, was mit Hilfe eines Defizit und einem grossen Schuldenberg finanziert wurde (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Government Growth by Administration in real average annual % Change

President	Total	Domestic	Defense
Kennedy	4.0	8.5	0.4
Johnson	5.4	6.1	4.8
Nixon	2.7	9.3	-6.9
Ford	3.0	3.1	-2.0
Carter 1977-1981	4.0	3.3	2.9
Reagan 1981-1989	2.5	0.7	4.7
Bush 1989-1993	1.5	4.2	-4.7
Clinton 1993-1997	1.6	3.8	-5.9

National Review, P.17, August 17th, 1994

Ronald Reagans Einstellung zum Staat kommt klar zum Ausdruck in einer seiner ersten Bemerkungen nach seiner Präsidentschaftswahl, wonach in den Vereinigten Staaten der Staat nicht die Lösung der

⁶² Conservative manifesto (1979)

Probleme, sondern das Problem selbst sei.⁶³ Die Definition für was sich nach Reagan der Staat einsetzen soll, findet sich im folgenden Zitat seiner Rede von 1977 zur "New Republican Party" wieder.

“Government must step in when one’s liberties impinge on one’s neighbor’s. Government must protect constitutional rights, deal with other governments, protect citizens from aggressors, assure equal opportunity, and be compassionate in caring for those citizens who are unable to care for themselves.”

Neben der Feststellung für was der Staat in seinem beschränkten Ausmass zuständig ist, bringt Reagan aber auch seine staatskritische Einstellung zum Ausdruck.

“No government has yet designed a more productive economic system or one which benefits as many people as the American market system.”⁶⁴

Ein zentraler Angelpunkt der Politik Reagans war die steuerpolitische Überzeugung, dass die Reichen steuerlich entlastet werden müssen, da die Reichen wegen ihres Reichtums am meisten Investitionsmittel bereitstellen können. Eine hohe Besteuerung der Reichen führe zu Investitionsunlust und habe somit Arbeitslosigkeit zur Folge; eine niedrige Besteuerung habe den gegenteiligen arbeitsmarktpolitischen Effekt. Zusätzlich vertritt die Reaganomics die Überzeugung, dass die steuerliche Entlastung der grossen Einkommen nicht zu einer Minderung des staatlichen Steueraufkommens führe, sondern ein gleichbleibendes oder grösseres Steueraufkommen erwarten lässt. Diese auf den ersten Blick paradox anmutende These geht auf den Ökonomen Arthur Laffer zurück, der als einer der massgebenden Väter der Reaganomics gilt. Reagan hat diesen ökonomischen Theorien Folge geleistet und in seiner Amtszeit den Grenzsteuersatz bei den hohen Einkommen von teilweise nominal 70 Prozent auf 28 Prozent gesenkt.⁶⁵

Nach neoliberaler Theorie darf der Staat nur zur Milderung akuter Not eingreifen. Ein Eckstein der Reaganomics ist die Überzeugung, dass nicht der Reichtum die Ursache der Armut sei, sondern die Wohlfahrtstätigkeit des Wohlfahrtsstaates, das heisst die Unterstützung der Armen durch die öffentliche Hand, da die Unterstützungszahlungen die passive Untätigkeit der Armen honoriere und verhindere, dass die Armen durch Not gezwungen würden, durch Eigeninitiative aus der Armut auszubrechen. Wollte man die Armut bekämpfen, so habe man nicht die Armen, sondern im Gegenteil die Reichen zu fördern. Der Weg dazu sei die steuerliche Entlastung der Reichen.⁶⁶ Die Einkommensentwicklung verlief dann in Realität auch zu Gunsten der oberen Einkommensklassen. Das Durchschnittseinkommen nach Steuern der oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher stieg in konstanten Dollar von 73 700 Dollar im Jahr 1981 auf 92 000 im Jahr 1990. Dagegen ist das

⁶³ Gallbraith (1992) S. 143

⁶⁴ Reagan (1977)

⁶⁵ Galbraith (1992) S. 40

⁶⁶ Waibl (1988)

Durchschnittseinkommen der Fabrikarbeiter im gleichen Zeitraum gesunken.⁶⁷ Die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Amerikaner stieg von 1978 bis 1988 um 28 Prozent an.⁶⁸ Der Gini-Index, welcher die Einkommensungleichheit misst, ist von 1980 bis 1992 merklich gestiegen. Der Anteil der obersten 20 Prozent der Haushaltseinkommensklassen am Gesamthaushalteinkommen ist auf Kosten aller anderen 4 Quintile gestiegen. Der Minimallohn wurde während Reagans Regierungszeit von 6.1 Dollar auf 4.6 Dollar gesenkt.⁶⁹ Ronald Reagan strich in den achtziger Jahren 87 Prozent des Sozialwohnungsbudgets, was der Verslummung Vorschub leistete und dazu führte, dass viele Gebäude zerfielen.⁷⁰

6. Hat sich der Inhalt des Begriffs Neoliberalismus geändert?

Insbesondere seit Ende der neunziger Jahre wird in verschiedenen Artikeln der Tages- und Wochenpresse die Meinung vertreten, dass eine Umdeutung des Begriffs Neoliberalismus stattgefunden hat, die mit dem ursprünglichen Inhalt der neoliberalen Lehre nicht mehr übereinstimmt.⁷¹ In einigen Artikeln wird von ‚grassierender Begriffs-Falschmünzerei‘, ‚Begriffsverfälschung‘ oder ‚perfider Umdeutung‘ gesprochen, in anderen einfach von einem veränderten Inhalt des Begriffs Neoliberalismus. In den Artikeln wird festgehalten, dass der Neoliberalismus heute mit dem Laissez-faire Liberalismus und dem Marktradikalismus gleichgesetzt werde. Dies widerspreche klar dem ursprünglichen neoliberalen Konzept, welches sich gegen den Laissez-faire Liberalismus wende und sich für einen starken Staat und die ‚soziale Marktwirtschaft‘ einsetze.

Tatsächlich kann in der öffentlichen Diskussion, aber auch in politischen Debatten und der täglichen Berichterstattung in den Medien, eine unklare und oft vom ursprünglichen Konzept entfernte Verwendung des Begriffs beobachtet werden. Der Neoliberalismus gilt heute als ‚schlecht und böse‘. Er wird oft gleichgesetzt mit Globalisierung und Laissez-faire Politik und verantwortlich gemacht für negative Folgen der Globalisierung, Armut in den Entwicklungsländern, Finanzkrisen in Asien, unmenschlichen Wettbewerb und für die Machtkonzentration bei internationalen Grossunternehmungen. Die politische Linke braucht den Begriff oft zur Bezeichnung ihrer politischen Gegner oder der Vorverurteilung wirtschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere im Bereich der Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung. Auch die Wirtschaftsprogramme des IMF oder die WTO werden von gewissen Kreisen als neoliberal und damit als verantwortlich für fast alles Schlechte dieser Welt verurteilt. Kurz, der Begriff Neoliberalismus wird heute oft einem Sammelbecken gleichgestellt, in dem man unterbringen kann, was einem nicht gefällt. Dies dient sicherlich nicht

⁶⁷ Gallbraith (1992) S. 124

⁶⁸ Gallbraith (1992) S. 126

⁶⁹ OECD (2000 may)

⁷⁰ Facts s. 105, Nr.20 17.Mai 2001

⁷¹ Siehe dazu die Berliner Zeitung (12.8.1999), die NZZ (11.4.1998) oder die WOZ (11/1999)

gerade einer differenzierten Auseinandersetzung mit den heutigen wirtschaftlichen Problemen und Chancen.

Andererseits muss auch festgehalten werden, dass in den oben erwähnten Artikeln zum Teil geradezu eine Idealisierung der neoliberalen Ideen betrieben wird. Die Neoliberalen sind zwar unbestritten Verfechter eines starken Staates und legten die Grundlage für das Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft', aber man sollte sich schon im Klaren sein, dass das Wort ‚sozial‘ vor dem Wort Marktwirtschaft für die Neoliberalen nicht allzu viel bedeutet und ganz sicher nicht das, was wir heute unter sozialer Marktwirtschaft verstehen. Hayek schreibt dazu:

„Obwohl der Missbrauch des Wortes sozial weltweit nachweisbar ist, nahm er seine extremste Form vielleicht doch in Westdeutschland an, wo die Verfassung des Jahres 1949 vom ‚sozialen Rechtsstaat‘ spricht und von wo aus sich die Vorstellung einer Sozialen Marktwirtschaft verbreitete – in einem Sinn, der sicherlich nicht in der Absicht ihres Protagonisten Ludwig Erhard lag. (Er versicherte mir einmal in einem Gespräch, für ihn müsse die Marktwirtschaft nicht erst sozial gemacht werden, sie sei es bereits von ihrem Ursprung her).“⁷²

Aus dem Gesagten kann geschlossen werden, dass der Begriff Neoliberalismus heute in den meisten Fällen nicht mehr im Sinne der ursprünglichen neoliberalen Konzepte verwendet wird. Doch der Begriff hat sich nicht nur verändert, er ist auch zunehmend unklar, ja fast inhaltsleer geworden.

7. Schlussfolgerung

Unsere Arbeit hat versucht, die grundlegenden Ideen neoliberaler Lehre und deren politische Umsetzung aufzuzeigen. Das Herausarbeiten der wichtigsten Ideen dieser Lehre erwies sich jedoch als anspruchsvoll, da die neoliberalen Autoren in ihren Arbeiten zum Teil sehr unterschiedliche Schwerpunkte setzten. Mit diesen unterschiedlichen Schwerpunkten variieren auch die Themen und zum Teil auch die Auffassungen.

Beim Betrachten der Phasen neoliberaler Wirtschaftspolitik fällt das wellenförmige Aufkommen und Abflauen neoliberalen Gedankenguts auf. Der erste Aufschwung dieses Gedankenguts erfolgte nach dem zweiten Weltkrieg, vor allem in Deutschland. In den 50er und 60er Jahren wurde der Neoliberalismus zusehends vom Keynesianismus verdrängt. Doch das Versagen des keynesianischen Interventionismus in den Krisen der 70er und 80er Jahre brachte einen neuen Aufschwung neoliberaler Theorie. Dessen Hauptvertreter, Milton Friedman, wendet sich zwar wie die frühen Vertreter des Neoliberalismus gegen Monopole des Staates und der Gewerkschaften, relativiert aber im Gegensatz zu ihnen das Problem des privatkapitalistischen Monopolismus. Hierin zeigt sich unter anderem die Nähe des Neoliberalismus der 80er Jahre zum Neokonservatismus.

⁷² Hayek (1988) S. 127

Obwohl Reagan und Thatcher heute nicht mehr an der Macht sind, bleiben neoliberale Gedanken für die Politikprogramme vieler Regierungen wichtig. Selbst Sozialdemokraten, insbesondere Blair in Grossbritannien, setzen neoliberale Ideen um.

Für die absehbare Zukunft ist einerseits ein Abflauen neoliberaler Ideen nicht zu erwarten. Andererseits ist mit der Antiglobalisierungsbewegung eine neue antikapitalistische Bewegung in Entstehung, die sich unzweifelhaft auch gegen neoliberale Wirtschaftspolitik wendet.

Für die politische Diskussion wünschen wir uns eine differenzierte und sachliche Auseinandersetzung mit Problemen und Massnahmen. Hingegen ist die heutige politische Diskussion oft geprägt von Vorverurteilungen durch die Benützung von Etikettierungen und Schlagworten. Dies ist sowohl bei der politischen Linken mit dem Begriff Neoliberalismus als auch bei der politischen Rechten mit dem Begriff Sozialismus zu beobachten.

8. Literaturverzeichnis

Böhm (1937) *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung* (Stuttgart)

Eccleshall, Robert (1994) *Political Ideologies: An Introduction* (Routledge New York)

Eucken W. (1932) *Die staatspolitischen Voraussetzungen des Wirtschaftlichen Liberalismus* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, München-Leipzig)

Eucken W. (1960) *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Tübingen-Zürich)

Friedman M. (1979) *Free to Choose* (New York, Avon Books)

Gamble A. (1988) *The Free Economy and the Strong State: the politics of Thatcherism.* (McMillan London)

Gamble A. (1994) *Britain in Decline* (McMillan London)

Gallbraith John Kenneth (1992) *Die Herrschaft der Bankrotteure: der wirtschaftliche Niedergang Amerikas* (Hoffmann und Campe Hamburg)

Gibbins John (Volume 23) *Cotemporary Political Culture: Politics in a Postmodern Age* (SAGE Modern Politics Series Volume 23 London)

Gramsci A. (1971) *Selections from the Prison Notebooks* (Lawrence and Wishart London).

Hailsham (1978) *The Dilemma of Democracy* (Collins London)

Hall S. (1988) *The Road to Renewal* (Verso London)

Hay C. (1992b) Review of M. Durham's Sex and Politics, (Sociology 26, 4, p755-756)

Hayek F. A (1960) *The Constitution of Liberty* (The University of Chicago)

Hayek F. A. (1988) *Die verhängnisvolle Anmassung: Die Irrtümer des Sozialismus* (J.C. B.Mohr, Tübingen)

Kavanagh Dennis (1990) *Thatcherism and British Politics* (Oxford University Press, New York)

Keith Joseph, Jonathon Sumpton, John Murray, London, 1979

- Marchal J. (1970) *Demokratie und Marktwirtschaft in der Theorie des Neoliberalismus* (Dissertation an der Justus Liebig-Universität Giessen)
- Marschall B. (1999) *Was ist eigentlich Neoliberalismus* (Berliner Zeitung, 12.8.1999)
- Meier M. B. (1999) *Der Neoliberalismus: Das beliebteste Feindbild der Neunziger, Einegefährliche Banalisierung* (WOZ, 11/99)
- Meijer G. (1987) *The History of Neo-Liberalism: A General View and Developments in Several Countries* (Rivista Internazionale die Scienze Economiche e Commercali Vol. 34 (1987), N.7, 577-591)
- Newman S. L. (1984) *Liberalism at Wit's End* (Cornell University)
- Nohlen Dieter (1995) *Wörterbuch Staat und Politik* (Piper München Zürich)
- OECD (may 2000) *Economic Surveys; United States*
- Rieter H., Schmolz M. (1993) *eas of Geman Ordoliberalism 1938-45: pointing the way to a new economic order* (The Eropean Jounal of teh History of Economic Thought 1:1 Autumn 1993)
- Schlecht, O. (1998) *Die soziale Marktwirtschaft droht in Verruf zu geraten* (in ‚Die Welt‘, 24.7.1998)
- Röpke W. (1950) *Mass und Mitte* (Erlenbach-Zürich)
- Röpke W. (1960) *Die politische Dimension der Wirtschaftspolitik* (Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4)
- Röpke W. (1944) *Civitas Humana* (Erlenbach / Zürich)
- Röpke W. (1959) *Gegen die Brandung* (Erlenbach-Zürich-Stuttgart)
- Röpke W. (1961) *Jenseits von Angebot und Nachfrage* (Erlenbach-Zürich-Stuttgart)
- Rüstow (1932) *Die Staatspolitische Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, München-Leipzig)
- Rüstow (1953) *Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus?* (Erlenbach-Zürich)
- Rüstow (1963) *Rede und Antwort* (Ludwigsburg)
- Schui, H. (1997) *Neoliberalismus: politische und theoretische Grundlagen* (Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW) Nr. 96/1997)
- Vatter M.L (1998) *Die Gretchenfrage des Neoliberalismus* (Seminararbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern)
- Waibl Elmar (1989) *Ökonomie und Ethik: Die Kapitalismusdebatte von Nietzsche bis Reaganomics* (Frommann-Holzboog Stuttgart-Bad)
- Wetzel Walter (1986) *Die Sozialpolitik des Neoliberalismus* (Dissertation an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen)
- Wirtschaftsredaktion der NZZ (1998) *Die Mär vom Neoliberalismus* (NZZ, 11.4.1998)

www.reagan2000.com/TheNewRepublicanParty.asp (Homepage der Federalsit)

www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/On-line-Publikation/scott.pdf. (Homepage der Universität Wien)